

Die Dritte Welt braucht Wachstum – aber welches?

Für eine Weltwirtschaft nichtaggressiver Koexistenz / Von Uwe Holtz und Detlev Karsten¹

(Unter dem Druck neuer Konkurrenten versuchen die westlichen Industriestaaten, ihre Wettbewerbsfähigkeit im Weltmarkt durch Anpassungen ihres Zivilisationsmodells zu sichern - bis hin zu seiner Aufgabe. Könnte man nicht die Weltwirtschaftsordnung so ändern, daß jeder Staat seinen eigenen Entwicklungsweg gehen kann?)

(Die fernöstliche Herausforderung)

Die dominierende Position der alten Industrieländer ist erschüttert, und die neue Herausforderung vor allem durch fernöstliche Länder verschärft sich. Diese "zwingen" durch ihre in bestimmten Bereichen gegebene wirtschaftliche Überlegenheit - niedrigere Produktionskosten und teilweise überlegene Qualität - die alten Industrieländer zu Anpassungsmaßnahmen und Korrekturen bei Löhnen, Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen sowie zur Übernahme von Produkten und Produktionsverfahren, wenn sie wettbewerbsfähig bleiben wollen. Geben sie diesem Druck nicht nach, so geraten sie in Gefahr, ihrerseits als Folge ökonomischer Überlegenheit neuer Industrieländer von diesen dominiert zu werden. Die Zahl der Konkurrenten wächst ständig, und die "Bedrohung" für die alten Industrieländer nicht nur durch Schwellenländer, sondern auch durch herkömmliche Entwicklungsländer wäre noch größer, wenn die alten Industrieländer die von ihnen geschaffenen Regeln des freien Welthandels selbst befolgt hätten: ungehinderter Zugang zu den Märkten der alten Industrieländer hätte die Industrialisierung mindestens einiger Entwicklungsländer beschleunigt, allerdings in den Industrieländern einen kaum verkraftbaren Strukturwandel erfordert.

(Alte Industrieländer kein Leitbild mehr)

Bis in die 80er Jahre hinein hatten die "alten" Industrieländer einen wirtschaftlichen Vorsprung, der ihnen in fast jeder Hinsicht (militärisch, technologisch, wissenschaftlich, teilweise auch kulturell) eine dominierende Stellung sicherte. Diese erlaubte ihnen die Festlegung der "Regeln" für die weltwirtschaftlichen Beziehungen, insbesondere des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) und des Weltwährungsfonds (IWF), aber auch die Definition von Menschenrechten. Ihre Dominanz nutzten die Industrieländer zu ihrem wirtschaftlichen Vorteil; da dies durch den Glauben an die allseitigen Vorteile des freien Welthandels gestützt wurde, hatten ihre Vertreter dabei nicht einmal ein schlechtes Gewissen. Damit verbunden war die Darstellung des westlichen Zivilisationsmodells als Vorbild für andere Staaten. Die so entstandenen Abhängigkeiten wurden und werden von vielen Entwicklungsländern als aggressiv wahrgenommen.

Als Folge dieser Dominanz waren die alten Industrieländer weitgehend autonom in der Verfolgung ihrer eigenen Wertvorstellungen, etwa in der Sozial- und Umweltpolitik, aber auch in der Frage, welche Produktionsmethoden sie zu akzeptieren oder - wie z.B. bei gentechnologischen Verfahren - nicht zu akzeptieren bereit waren. Sie konnten ihre eigenen Vorstellungen von Bildung und Ausbildung, von Arbeit und Freizeit realisieren. Nicht zuletzt leisteten sie sich im Bereich der Kultur öffentliche Ausgaben, die nicht unmittelbar auf eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zielten.

¹ FAZ, Nr. 224, 26.9.95, S. 13f. Die eingeklammerten Passagen wurden nicht in der FAZ abgedruckt.

Die direkte Herausforderung der hochindustrialisierten ostasiatischen Länder bringt die alten Industrieländer in Gefahr, zunächst in einzelnen Bereichen, später vielleicht sehr viel umfassender, ihrerseits als Folge ökonomischer Überlegenheit von diesen dominiert zu werden; insofern spüren jetzt die alten Industrieländer selbst den in vielen Bereichen aggressiven Charakter der Weltwirtschaft. Deshalb sollten die alten Industrieländer ein Interesse an der Schaffung eines internationalen Wirtschaftssystems haben, das es ermöglicht, sich derartiger Dominanz zu entziehen, und es in Zukunft jedem Land gestattet, unter Beibehaltung und Weiterentwicklung seines Zivilisationsmodells seinen eigenen Entwicklungsweg zu gehen, ohne sich deswegen gleich den Gedanken von Autarkie und Abkopplung zu verschreiben.

(Die westliche Kultur - ein Auslaufmodell?)

Alles Wirtschaften muß letztlich dem Ziel dienen, eine globale, nachhaltige und menschenwürdige Entwicklung sicherzustellen. "Entwickeln" sollen sich nicht nur Staatengemeinschaften und Volkswirtschaften, sondern es ist auch Eigenständigkeit von Regionen anzustreben. Auf jeder dieser Ebenen soll Entwicklung stattfinden. Die jeweils untere Einheit sollte ihren eigenen Weg gehen, wobei die übergeordnete Einheit die Beweislast für von ihr für notwendig gehaltene Einschränkungen der Freiheit der unteren Einheit hat. Solche Beschränkungen sind z.B. zur Sicherung des friedlichen Nebeneinander gleichrangiger Einheiten und für die Erreichung "höherer" Ziele erforderlich; dies mögen Ziele sein, die dem globalen Interesse an der Erhaltung der Naturgrundlagen dienen, es können aber auch gesellschaftsspezifische Ziele wie bestimmte Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit sein. Dieser Gedanke kann nach unten weitergeführt werden - über Kreis und Gemeinde bis hin zu Familie und Individuum. Für alle Ebenen, aber besonders für den einzelnen Menschen, gilt in unserer Kultur, daß jeder grundsätzlich in seinem Tun frei ist, sofern er andere Menschen in ihren Rechten nicht beeinträchtigt und anderen nicht zur Last fällt - was auch bedeutet, daß er nicht mehr Leistungen für sich beansprucht, als er selbst beizutragen bereit ist. Dieser Primat des Individuums ist ein fundamentaler Wert westlicher Kultur; inzwischen wird er als Grund für eine Unterlegenheit gegenüber stärker gemeinschaftsbezogenen fernöstlichen Industriegesellschaften angeführt. Soll er im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zur Disposition stehen?

Entwicklung hat viele Dimensionen: Wirtschaftlich und sozial ist anzustreben, daß jede Einheit die Existenz der dort lebenden Menschen auf Dauer sichert. Dies bedeutet nicht nur, daß die Grundbedürfnisse befriedigt werden, sondern auch, daß jedes Individuum die Chance haben sollte, seinen Lebensunterhalt selbst zu erarbeiten: Eine Trennung von Produktion und Verteilung, von Arbeit und Einkommen, macht Menschen zu Almosenempfängern, was bisweilen unvermeidbar ist, als andauernder "Normalzustand" jedoch in unserer Kultur als Verstoß gegen die Menschenwürde gilt.

Ökologisch sollte grundsätzlich jede Einheit „nachhaltig“ wirtschaften. Unabweisbar ist diese Forderung für die Erde; die gesamte Menschheit ist gefährdet, wenn die Belastbarkeit des Planeten überschritten wird. Für die Staaten und Regionen zeigt sich allerdings eine höchst ungleiche Inanspruchnahme sowohl der globalen Schadstoffabsorptionskapazität wie auch der verfügbaren Rohstoffe. Man kann auch diese Benachteiligung einiger Länder als "aggressive Struktur" deuten. Auf lange Sicht ist anzustreben, daß keine Einheit auf Dauer ökologisch über ihre Verhältnisse lebt; solange

einzelne Länder es tun, kann man zugunsten derjenigen, die auf ihren "Nutzungsanteil" verzichten, über Kompensation nachdenken.

Politisch muß die Verwirklichung zumindest elementarer Menschenrechte gesichert sein, wozu auch das Recht auf Entwicklung und Sicherheit gehört. Institutionelle Vorkehrungen allein sind nicht hinreichend, um dies zu erreichen; ein durch institutionelle Änderungen möglicher Abbau von Konfliktpotential kann aber dazu beitragen. Dazu gehören die demokratische Legitimierung von Herrschaft und ein Mindestmaß an Pluralismus und Dezentralisierung.

Die kulturelle Vielfalt auf der Erde sollte als "Reichtum" - vielleicht, wie die biologische Artenvielfalt, als Kapital, das durch Vereinheitlichung aufgezehrt wird - begriffen werden. Gleichzeitig müssen alle Einheiten das Recht auf den Erhalt und den Freiraum für die eigenständige Weiterentwicklung ihrer Kultur haben.

(Verzicht auf mögliche Produktivitätssteigerungen?)

Dies sind Dimensionen von Entwicklung, die bei uns wichtig sind. Andere Kulturen haben andere Vorstellungen vom Verhältnis des Individuums zur Gesellschaft, vom Stellenwert von Autorität und Demokratie. Es stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen Staaten unterschiedliche Entwicklungsvorstellungen verfolgen können, ohne dabei miteinander in Konflikt zu geraten. Dies ist besonders wichtig in einer Situation, in der die konventionellen wirtschaftspolitischen Strategien nicht mehr hinreichen und überdacht werden müssen:

- Die Wirtschafts- und Sozialpolitik muß an geänderte Bedingungen angepaßt werden. Angesichts ökologischer Grenzen darf ständig steigender materieller Wohlstand keine Bedingung für den Erhalt unseres Systems sein.

- Der weitere Anstieg der Arbeitsproduktivität ist dort in Frage zu stellen, wo er mit dem Verlust anderer gesellschaftlicher, insbesondere kultureller Werte, erkaufte wird. Dieser Zusammenhang zwischen Höhe der Arbeitsproduktivität und "Kultur" ist in der Diskussion um entwicklungshemmende Institutionen der Länder der Dritten Welt herausgearbeitet worden. Ungewohnt mag es sein, diesen Zusammenhang für uns selbst zu thematisieren. Tatsächlich ist die Perspektive eine andere: Während es für die Entwicklungsländer darum geht, überhaupt eine akzeptable Versorgung zu erreichen, geht es für uns darum, zwischen der Steigerung einer potentiell für alle ausreichenden Versorgung und anderen, nicht materiellen Werten abzuwägen.

- Ständige Produktivitätssteigerung ist auch wirtschaftlich fragwürdig. Sie bedeutet nämlich einen Zwang zum Wachstum, weil nur dadurch die durch Produktivitätssteigerung "freigesetzten" Arbeitskräfte wieder Beschäftigung finden können - was auch heißt, daß ein geringeres Tempo des Produktivitätsanstiegs in einem gewissen Umfang Arbeitslosigkeit und die dadurch notwendigen Umverteilungen der von den Erwerbstätigen erwirtschafteten Einkommen zu Arbeitslosen vermeiden kann. In jedem Falle müssen bei ständig steigender Produktivität neue Wachstumsfelder - etwa im sozialen Bereich - erschlossen werden; bei geringerem Wachstum gewinnen dagegen Verteilungsfragen an Bedeutung.

Eigenständige Sicherung der Existenz, nicht Autarkie

Die zentrale Frage ist, ob es einer Gesellschaft möglich ist und ob sie es will, durch Entscheidung für ein bestimmtes, und eben nicht das denkbar höchste, Niveau von Produktivität und materiellem Wohlstand dem krassen Materialismus eine Absage zu erteilen, ohne deswegen gleich zum "Aussteiger" aus der Weltwirtschaft werden zu müssen. Diese Überlegungen zielen nicht auf Protektionismus: Arbeitsteilung und gleichberechtigter Austausch (im Idealfall zwischen wirtschaftlich gleich starken Partnern und ohne einseitige Abhängigkeit) sparen Ressourcen und sind weder für die Volkswirtschaft, noch auf einer anderen Ebene negativ zu bewerten. Es geht um eigenständige Sicherung der Existenz (self-reliance), nicht um Autarkie.

(Gegenwärtig führen vor allem die ökonomischen Zwänge des weltweiten Wettbewerbs in den alten Industrieländern zur Übernahme der jeweils "effizientesten" verfügbaren Produktionsverfahren. Dabei reflektiert "Effizienz" vornehmlich privatwirtschaftliche Kosten, allenfalls noch volkswirtschaftliche Kosten, selten jedoch soziale und kulturelle Erwägungen. Allerdings sollten, wenn die materielle Basis gesichert ist, auch nicht-materielle gesellschaftliche Ziele (etwa Schaffung neuer Freiräume) verfolgt werden. Welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit verengt "ökonomistisches" Denken überwunden werden kann, ist offen.)

Die Länder der Dritten Welt setzen auf den Transfer der "fortschrittlichsten" Technologien und Arbeitsmethoden der Industrieländer. Vieles davon ist notwendig, um die Folgen der bisherigen Modernisierung - vor allem Bevölkerungswachstum, Verstädterung und Umweltverschmutzung - abzumildern. Es sollten aber auch alle Tendenzen zur Eigenentwicklung von Technologien und der Transfer von den örtlichen Bedingungen besser angepaßten Technologien gefördert werden. Der bisher überwiegenden exportorientierten Modernisierungsstrategie sollte das Leitbild einer "Entwicklung von unten" entgegen- oder zumindest an die Seite gestellt werden. Dieser zweite Teil der Doppelstrategie setzt vor allem auf lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe und will die produktiven und innovativen Energien der Menschen im informellen und im traditionellen ländlichen Sektor nutzen. Der Grundgedanke sollte sein: Weltmarktintegration soweit wie nötig, Binnenmarktorientierung soweit wie möglich.

(So viel Regionalisierung wie möglich, so viel Globalisierung wie nötig?)

Die angestrebte eigenständige Entwicklung der Regionen und Staaten steht in einem Spannungsverhältnis zu der gegenwärtig ständig weiter fortschreitenden Globalisierung, der Schaffung immer größerer Wirtschaftsräume. Von der hieraus resultierenden Intensivierung des Wettbewerbs erhofft man weltweites Wachstum durch "effizientere" Produktion, wobei die Triebkraft im Gewinninteresse liegt. Mittel zur Vergrößerung der Märkte sind die Beseitigung der Grenzen und die Verringerung aller "Reibungswiderstände" für wirtschaftliche Transaktionen; dies ist für Volkswirtschaften und für "Wirtschaftsgemeinschaften" zumeist weitgehend erfüllt. Auch niedrige Transportkosten verringern diesen Widerstand. Die Frage nach der Verteilung des hierdurch zusätzlich geschaffenen Wohlstands wird kaum gestellt.

Trotz der fortgeschrittenen Globalisierung können die zwischen Volkswirtschaften bestehenden Wirtschaftsbeziehungen gleichgewichtig sein, wie dies - mehr oder weniger

- gegenwärtig für die zur Zeit noch im Hinblick auf die technologisch/wirtschaftliche Dimension einigermaßen gleich weit entwickelten Industriestaaten gilt.

Viele Länder der Dritten Welt leiden jedoch unter den Folgen früherer und gegenwärtiger wirtschaftlicher Fehlentwicklung. Vielfach ist nicht einmal der unabdingbare Bedarf an Importen durch laufende Devisenerlöse zu decken. Wesentliche Gründe dafür liegen auch in Strukturen der Weltwirtschaft, die es den Industrieländern gestatten, aus der Notlage vieler Länder der Dritten Welt Vorteile zu ziehen, und die eine Umorientierung auf eher binnenmarktorientierte Entwicklung erschweren. Auch Entwicklungshilfe bzw. -zusammenarbeit kann daran wenig ändern. Dies wegen ihres geringen Volumens und weil sie im Vergleich zu den Eigenanstrengungen und zu den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nur von nachrangiger Bedeutung ist. Selbst bei einer - kaum realistischen - wesentlichen Aufstockung entspräche dies auf der Ebene der Volkswirtschaft der abgelehnten Trennung von Leistung und Einkommen, die in Sondersituationen und vorübergehend notwendig ist, wegen der damit verbundenen Abhängigkeit aber keine Dauerlösung darstellen kann.

Gesucht wird eine Ordnung, die es Staaten und Staatengemeinschaften unabhängig von ihrem Produktivitätsniveau und ihrer wirtschaftlichen Macht ermöglicht, ihre eigenen Entwicklungsvorstellungen zu realisieren und trotzdem partnerschaftlich an der Weltwirtschaft teilzunehmen.

Wie diese Ordnung aussehen könnte, mag eine Analogie erläutern. Man stelle sich eine Region in einem Entwicklungsland vor. Innerhalb dieser Region besteht ein örtlicher Kreislauf; die Bauern erwirtschaften Überschüsse, die sie den Handwerkern verkaufen, die ihrerseits den Bauern ihre Produkte verkaufen. Örtlich ansässige Landeigentümer stören - obwohl sie nicht unmittelbar produzieren - das System solange nicht, wie sie die in der Region erhaltenen Pachtzahlungen auch in der Region ausgeben. Über die Grenzen der Region fließen Leistungsströme; im einfachsten Fall sind dies Exporte von landwirtschaftlichen und handwerklichen Produkten, denen Importe in die Region gegenüberstehen.

Dieses System funktioniert, solange die grenzüberschreitenden Güterströme ausgeglichen sind. Es bricht zusammen, wenn (wertmäßig) mehr Güter in die Region importiert werden, als aus ihr exportiert werden. Es bricht ebenfalls zusammen, wenn in der Region erzielte Einkommen außerhalb der Region ausgegeben werden - das ist der typische Fall des in der Stadt lebenden Landeigentümers. Die Schwierigkeit entsteht dadurch, daß in der Region entstandene Einkommen abfließen und als Nachfrage (und damit als Einkommen) für örtliche Produzenten ausfallen, ohne daß es zu einem entsprechenden "Realtransfer", d.h. zu entsprechenden Verkäufen von Gütern in der Stadt kommt. Solche Verkäufe finden deswegen nicht statt, weil - etwa als Folge von Transportkosten - die Güter der Region in der Hauptstadt nicht konkurrenzfähig sind.

Es gibt weitere ähnliche Mechanismen auf regionaler Ebene: Steuern, die in der Region eingetrieben, aber nicht dort ausgegeben werden, erfordern einen entsprechenden Realtransfer. Das gleiche gilt, wenn in der Region gesparte Mittel außerhalb der Region investiert werden. Jeder Import von Leistungen in die Region erfordert einen entsprechenden Export; kommt es nicht dazu, wird die Region grundsätzlich ärmer ("blutet aus"): z.B. Dosenbier verdrängt traditionelle Getränke; moderne Werkzeuge treten an die Stelle der von örtlichen Handwerkern gefertigten Geräte; Industriegeschirr ersetzt die Produkte der traditionellen Töpfer - in all diesen Fällen fließt Einkommen ab, die Region verliert

produktive Tätigkeiten. Wenn nicht Exporteinnahmen für in der Region produzierte Güter oder unentgeltliche Übertragungen, z.B. Überweisungen von Wanderarbeitern, oder staatliche Transfers dies kompensieren, wird die Region ärmer. Soll das regionale Gleichgewicht erhalten bleiben, so erfordert dies eine ausgeglichene Leistungsbilanz der Region.

Welche Folgen hat ein Ungleichgewicht der regionalen Leistungsbilanz? Ein dauerhafter Überschuß bedeutet, daß Bewohner der Region in den Städten Vermögen bilden; das Umgekehrte bedeutet, daß Städter Vermögen in der Region bilden. Praktisch bedeutsamer ist das Letztere; es geschieht zumeist in der Form, daß Städter in der Region Grundbesitz erwerben, wodurch vormals selbständige Bauern zu Pächtern oder Landarbeitern werden. Gleichgewicht würde bedeuten, daß es entweder nicht zu solchen Vermögensbildungen kommt, oder daß diese gegenseitig erfolgen: Städter bilden Vermögen in der Region, in der Region lebende Menschen bilden Vermögen in den Städten; solange sich die Vermögenserträge ausgleichen, bleibt auch das Gleichgewicht der Leistungsbilanz erhalten.

Verlassen wir die Analogie und betrachten die Weltwirtschaft.

(Leistungsbilanzüberschüsse wirken aggressiv)

Traditionell haben schon die "Merkantilisten" die Entwicklung ihrer eigenen Wirtschaft zu Lasten anderer Staaten dadurch gefördert, daß sie Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse anstrebten. "Imperialisten" erschlossen auch mit Waffengewalt Märkte im Ausland. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten versuchen Staaten immer wieder, ihre heimischen Probleme (insbesondere das der Arbeitslosigkeit) über Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse zu mildern ("Export von Arbeitslosigkeit"; "beggar-my-neighbor-policy"). Hauptmittel dieser Politik waren Ende der zwanziger Jahre Wechselkursänderungen (Abwertungswettläufe) und Protektionismus. Auch heute versucht man, Arbeitslosigkeit durch "Verbesserung" der Leistungsbilanz zu bekämpfen, wobei die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit vor allem durch Produktivitätssteigerung erreicht werden soll, die ihrerseits durch Kostensenkungen (vor allem "Wegrationalisieren" von Arbeitsplätzen, Abbau sozialer Leistungen und "Deregulierung") angestrebt wird. Es ist allerdings kaum anzunehmen, daß Staaten, die ihrerseits heimische Probleme haben und sich wehren können, Leistungsbilanzdefizite auf Dauer hinnehmen werden - der Konflikt Amerika-Japan zeigt dies.

Tatsächlich wirken Leistungsbilanzüberschüsse und die auf ihre Erreichung gerichtete Politik aggressiv. Wenn man aggressionsfreie Beziehungen zwischen Volkswirtschaften, aber eben auch zwischen den anderen oben definierten Einheiten will, so erfordert dies für alle an der Weltwirtschaft beteiligten Staaten mittelfristig ausgeglichene Leistungsbilanzen. Produktivitätsunterschiede zwischen unterschiedlichen Währungsgebieten lassen sich über den Wechselkurs ausgleichen. Die Funktion des Wechselkurses sollte auf den Ausgleich der Leistungsbilanz beschränkt sein. Heute geht Handlungsdruck nur von einer passiven Leistungsbilanz aus; Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse gelten dagegen als Zeichen wirtschaftlicher Stärke und als Erfolg für die Regierung. In Zukunft müßte die Verantwortung für die Vermeidung dauerhafter Ungleichgewichte der Leistungsbilanz auch bei Staaten mit aktiver Leistungsbilanz liegen.

(Übertragungen erfordern Solidarität)

Für Regionen unterschiedlichen Produktivitätsniveaus im gleichen Währungsgebiet steht dieses Instrument der Wechselkursänderung nicht zur Verfügung. Wird hier eine Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse angestrebt, so erfordert dies zum Ausgleich der regionalen Leistungsbilanz Übertragungen, was bedeutet, daß im Rahmen der Regionalpolitik in erheblichem Umfang in den "reichen" Regionen eingenommene Steuern für Staatsausgaben in den "rückständigen" Gebieten verwendet werden. Beispiele für den Mechanismus und seine Schwierigkeiten zeigen die Transfers in die Neuen Bundesländer, die Strukturfonds der EU und die weltweite Entwicklungszusammenarbeit. Solche Transfers sind politisch nur durchsetzbar bei entsprechender Solidarität der Zahler mit den Empfängern. Am Beispiel der neuen Bundesländer wird gleichzeitig deutlich, daß auch hier der oben angesprochene Widerstand gegen eine Trennung von Arbeit und Einkommen besteht, daß nämlich die Menschen sich ihren Lebensunterhalt selbst erarbeiten wollen, und nicht als Almosenempfänger dastehen wollen; letzteres kann sogar zur Aggressivität gegen dem Almosengeber führen. International entspricht dies der alten Forderung der Entwicklungsländer nach "Handel, nicht Hilfe".

(Einseitige Verschuldung bedeutet Abhängigkeit)

Ähnliches gilt für den Kapitalverkehr. Anzustreben sind mittelfristig ausgeglichene Kapitalbilanzen; gegenseitige Kapitalverflechtungen können ebenso von Vorteil sein, wie dies für Leistungsaustausch gilt. Kommt es zum Aufbau einer Schuldnerposition, so muß dem betroffenen Land eine Rückkehr zum Gleichgewicht ermöglicht werden, weil das dauerhafte Verbleiben eines Staates in der Schuldenfalle das erwünschte Gleichgewicht stört. Historische Beispiele sind die dem Deutschen Reich auferlegten Reparationslasten und die Verschuldung vieler Entwicklungsländer.

Langfristig ist die gegenwärtige Situation nicht stabil

(Weltwirtschaftliches Gleichgewicht)

Mittelfristig sind also ausgeglichene Leistungs- und Kapitalbilanzen für alle Staaten und Regionen anzustreben. Wechselkurspolitik und Übertragungen sollten diesem Ziel dienen. Dies erfordert Rahmenbedingungen des internationalen wirtschaftlichen Systems, die dies fördern. Das sind einerseits Institutionen, die - von der Währungsseite her - entsprechende Wechselkurspolitik möglich machen; dies fielen dem ohnehin reformbedürftigen IWF zu. Auf der Güterseite ist es die Welthandelsorganisation (WTO), deren Zielsetzung die Sicherung ausgeglichener Handelsbeziehungen auf möglichst hohem Niveau sein sollte. Wird die Realisierung von dauerhaften Leistungsbilanzüberschüssen unmöglich, so könnte sich auch die Diskussion um einen zwischen Handelsblöcken vereinbarten Handel als Alternative zu weltweitem Freihandel erledigen.

Sind diese Rahmenbedingungen erfüllt, dann kann Entwicklungszusammenarbeit dazu beitragen, als Hilfe zur Selbsthilfe das Produktivitätsniveau vor allem der Länder zu steigern, in denen eine Befriedigung von Grundbedürfnissen aus eigener Kraft nicht erreicht wird. Da dies vor allem sehr arme Länder sind, kommen hierfür neben unentgeltlicher technischer Hilfe vor allem nicht rückzahlbare Zuschüsse in Frage.

Bei weltwirtschaftlichem Gleichgewicht ginge vom Ausland nur noch geringer direkter Druck auf Anpassung der inneren wirtschaftlichen Situation, namentlich auf Erhöhung der Produktivität, aus. Es wäre allerdings auch nicht mehr möglich, heimische Probleme zu Lasten anderer Staaten zu lösen oder auch nur das Ausland für diese Schwierigkeiten verantwortlich zu machen. {Wenn höherer materieller Lebensstandard im Ausland entsprechende Wünsche im Inland weckt, so wäre dieser mittelbare Einfluß nicht unbedingt ein Widerspruch zu einer selbstbestimmten Entwicklung.}

(Und der Weg dahin?)

Staaten, die von den bestehenden Bedingungen Vorteile haben, müssen überzeugt werden, daß die gegenwärtige Situation langfristig nicht stabil ist. Grundsätzlich ist zur Verwirklichung auch eine auf gleiche Interessen begründete Zusammenarbeit zwischen alten Industrieländern und den Nachzüglern der Entwicklung vorstellbar: Die alten Industrieländer möchten nicht dominiert werden, und die Entwicklungsländer möchten sich von der Dominanz sowohl der alten, wie auch der neuen Industrieländer befreien.

Offen ist, wie man überhaupt in einen Gleichgewichtszustand hineinkommen kann, der dann für die Zukunft erhalten werden soll. Diese Fragen der notwendigen Schritte, der möglichen Abfolge und des Zeitbedarfs einer solchen Transformation sollen hier nicht weiter verfolgt werden. Allerdings dürften höhere Rohstoffpreise notwendig sein sowohl zur Erreichung des Gleichgewichts wie auch für die Realisierung weltweit nachhaltiger Entwicklung. Vor allem dort, wo Grundbedürfnisse nicht befriedigt sind, ist Entwicklungszusammenarbeit nötig. Außerdem muß die weltweite Liquidität unter Kontrolle gebracht werden, damit die Wechselkurse eher von realen Transaktionen als von monetärer Spekulation bestimmt werden.

Es bleibt das wohl wichtigste Problem, daß über die herkömmliche Wirtschaftskraft definierte Stärke auch Grundlage militärischer Macht - sowohl Angriffs- wie Verteidigungspotential - darstellt. Möglicherweise entstehende militärische Aggression müßte vor allem durch Systeme regionaler Schutz- und Beistandsabkommen verhindert werden; die Chancen hierfür haben sich durch das Ende der Ost-West-Konfrontation verbessert. Diese zentrale Herausforderung der Außenpolitik besteht unabhängig von den hier angestellten Überlegungen. Tatsächlich könnte die Realisierung eines Systems wirtschaftlich nicht aggressiver Koexistenz wesentlich zum Abbau des weltweiten Konfliktpotentials beitragen; insofern würden sich die beiden Systeme ergänzen und gegenseitig stützen. (Käme es dazu, dann wäre auch der Schritt von der nicht aggressiven Koexistenz zur fruchtbaren Kooperation denkbar.)

Professor Dr. Uwe Holtz, Jahrgang 1944, lehrt Politische Wissenschaft an der Universität Bonn; von 1974 bis 1994 war er Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Professor Dr. Detlev Karsten, Jahrgang 1935, lehrt Wirtschaftswissenschaft und Politische Ökonomie an der Universität Bonn; von 1964 bis 1970 war er Gastprofessor in Äthiopien.